

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 12. September 2025



In dieser Ausgabe

**Abschaffung
Gasspeicherumlage**

**Stärkung der
Finanzkraft
von Ländern und
Kommunen**

**Stärkung und
Entbürokratisierung der
Pflege**

**Enquete-Kommission
zur Aufarbeitung der
Corona-Pandemie**

**Austausch mit
ukrainischer Delegation**

**Sommertour im
Wahlkreis**

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die parlamentarische Sommerpause ist nun offiziell vorbei und der Deutsche Bundestag ist diese Woche wieder in den regulären Sitzungswochen-Betrieb gestartet.

Neben zahlreichen Themen auf der Tagesordnung des Bundestages, hat auch die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie in dieser Woche ihre Arbeit aufgenommen.

Des Weiteren hatte ich gemeinsam mit einigen Mitgliedern des Agrar- und des Umweltausschusses einen interessanten Austausch mit einer ukrainischen Delegation.

Und weil die parlamentarische Sommerpause keine „Pause“ im klassischen Sinne darstellt, liegt auch eine bereichernde Sommertour durch den Wahlkreis hinter mir. Es war mir eine große Freude, die letzten Wochen dafür zu nutzen, vor Ort ins Gespräch zu kommen und von den Herausforderungen zu hören, die unseren ländlichen Raum prägen.

Mehr zu diesen und weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder auf der Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter www.cducusu.de.

Alles Gute



Ihr Hermann Färber

➤➤➤ **ABSCHAFFUNG DER GASSPEICHERUMLAGE**

Mit der Einbringung eines Gesetzes zur Abschaffung der Gasspeicherumlage in dieser Sitzungswoche gehen wir einen ersten Schritt zur Entlastung bei den Energiekosten.

Damit werden Haushalte und Unternehmen um insgesamt rund 3,4 Mrd. Euro entlastet. Für einen Vier-Personen-Haushalt bedeutet das je nach Verbrauch eine Entlastung von etwa 30 bis 60 Euro pro Jahr. Indirekt sinken zudem auch die Stromkosten, da Gaskraftwerksbetreiber ebenfalls von der Maßnahme profitieren.

Weitere Gesetze zur Senkung des Strompreises werden folgen.



Bildquelle: Canva.

STÄRKUNG DER FINANZKRAFT VON LÄNDERN UND KOMMUNEN <<<

In diesem Bereich stehen mehrere erste Lesungen an. Konkret geht es um Begleitgesetzgebung, die aus den zu Beginn der Wahlperiode beschlossenen Grundgesetzänderungen und der Einrichtung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität resultiert.

Der Gesetzentwurf zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen in Ländern und Kommunen – das Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKiFG) – legt die Rahmenbedingungen für die Verwendung der 100 Milliarden Euro fest, die aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität den Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Zugleich schafft der Gesetzentwurf zur Umsetzung von Art. 109 Absatz 3 Satz 6 und 7 GG sowie zur Änderung weiterer Gesetze die Voraussetzungen dafür, dass die Länder im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse die neu eingeführte Strukturkomponente i.H.v. 0,35 % des BIP nutzen können. Dabei ist insbesondere vorgesehen, dass die Mittel grundsätzlich nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt werden.

➤➤➤ **STÄRKUNG UND ENTBÜROKRATISIERUNG DER PFLEGE**



In dieser Woche haben ebenfalls die erste Lesung des Gesetzes zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (ehemals Pflegekompetenzgesetz) sowie des Gesetzes zur Einführung einer bundeseinheitlichen Ausbildung für Pflegefachassistenz (Pflegefachassistenz-einführungsgesetz) stattgefunden.

Beide Gesetzesvorhaben zielen darauf ab, die Pflegequalität zu verbessern, gleichzeitig die Kosten zu senken, das Berufsbild attraktiver zu gestalten und eine einheitliche Ausbildung sicherzustellen.

Bildquelle: Canva.

ENQUETE-KOMMISSION ZUR AUFARBEITUNG DER CORONA-PANDEMIE

Gleich am Montag hat die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie ihre Arbeit aufgenommen. Unmittelbar vor der Sommerpause hatte der Bundestag die Einsetzung beschlossen. Die Kommission, der 14 Parlamentarier und 14 Sachverständige angehören, soll bis Mitte 2027 einen Bericht vorlegen, welche Lehren die Politik aus dem Umgang mit der Pandemie zu ziehen hat.

Die Corona-Geschehnisse haben unser Land wie kaum ein anderes Ereignis zuvor verändert. Es ist an der Zeit, aus den Erfahrungen dieser Krisenzeit zu lernen, Schwächen im System zu analysieren und Lösungen zu entwickeln, die uns in zukünftigen Krisen besser aufstellen. Die Kommission wird sich mit Fragen der Gesundheitspolitik, der Notfallvorsorge sowie den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie befassen. „Wir wollen verstehen, nicht verurteilen“, sagte Franziska Hoppermann, die Vorsitzende der Enquete-Kommission, den Medien. "Wir werden nun politische Entscheidungen, gesellschaftliche Folgen und die Rolle der Wissenschaft während der Corona-Pandemie differenziert untersuchen". Ziel sei "eine konstruktive Aufarbeitung, keine Schuldzuweisung".

AUSTAUSCH MIT UKRAINISCHER DELEGATION

Bei einem Gespräch mit einer Delegation aus der Ukraine – bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Parlaments, relevanter Ministerien, der ukrainischen Forstverwaltung, der Wissenschaft sowie der Forstpraxis – haben wir uns intensiv über wald- und forstwirtschaftliche Themen ausgetauscht. Mit dabei waren auch weitere Kolleginnen und Kollegen aus dem Umwelt- sowie dem Agrarausschuss.

Die Delegationsteilnehmer hatten ein großes Interesse daran, mehr zum Stand aktueller Gesetzgebungsverfahren mit Bezug zur Forstwirtschaft zu erfahren. Außerdem haben wir über die Umsetzung einer multifunktionalen, naturnahen Forstwirtschaft gesprochen.



Fotos: Thomas Deutsch.



Obwohl die Ukraine nur zu etwa 17 % bewaldet ist (Deutschland: 32%), spielt auch dort der Forstsektor eine wichtige Rolle.

Noch vor dem russischen Angriffskrieg plante man, die ukrainische Waldfläche erheblich zu vergrößern und eine nationale Waldinventur durchzuführen. Jedoch hat der russische Angriffskrieg nicht nur die Vorhaben der ukrainischen Regierung stark beeinträchtigt, sondern auch den gesamten Forstsektor des Landes schwer getroffen. So ist der Bedarf an Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wälder und zur Unterstützung beim Aufbau einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung sehr groß.

➤➤➤ AUSTAUSCH MIT OBST- UND GARTENBAUVEREINEN: STREUOBSTANBAU UND NACHWUCHSMANGEL

Ein besonderer Schwerpunkt meiner Sommertour war der Austausch mit verschiedenen Obst- und Gartenbauvereinen, vor allem im Hinblick auf den Streuobstanbau, der in unserer Region eine lange Tradition hat.

Viele der Vereine berichteten mir von den Herausforderungen, die sie beim Erhalt und der Pflege der Streuobstwiesen erfahren. Ein zentrales Thema war der zunehmende Befall von Misteln in den Obstbäumen, die den Bäumen enorm zusetzen und die Ernteerträge schmälern. Diese Entwicklung stellt die Obstbauern vor erhebliche Schwierigkeiten, denn eine Bekämpfung der Misteln erfordert viel Aufwand und Ressourcen.



Fotos: Büro Hermann Färber.



Neben dieser Problematik ist auch der Nachwuchsmangel in den Vereinen ein großes Thema. Der Streuobstanbau erfordert spezifisches Wissen und handwerkliches Können, das in vielen Fällen nicht mehr in ausreichendem Maße weitergegeben wird. Es braucht dringend Nachwuchs, der sich für die Bewirtschaftung und Pflege unserer Streuobstwiesen interessiert und die Tradition dieser nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft fortführt.

Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe, die Wertschätzung für diese Form der Landwirtschaft zu fördern. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass Streuobstwiesen als wertvolle Kulturlandschaften anerkannt und gefördert werden. Es gilt, die Probleme, wie den Mistelbefall, auf politischer Ebene zu adressieren und Lösungen zu finden, die den Erhalt dieser Kulturlandschaften sichern.



STAMMTISCHE UND BÜRGERDIALOG: HERAUSFORDERUNGEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Neben den Gesprächen mit den Obst- und Gartenbauvereinen durfte ich auch an zahlreichen Stammtischen und Treffen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern teilnehmen. Diese Dialoge haben mir erneut gezeigt, wie wichtig der direkte Austausch mit den Menschen vor Ort ist.

Besonders beeindruckt haben mich die Diskussionen über die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Ortschaften. Jede Gemeinde hat ihre eigenen Herausforderungen, sei es durch demografische Veränderungen, fehlende digitale Anbindung oder auch den Erhalt von Traditionen und lokalen Identitäten. Als Ihr Vertreter im Bundestag ist es mir ein Anliegen, genau diese Unterschiede zu verstehen und mich für Lösungen einzusetzen, die den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden.

Die Gespräche und Erlebnisse während meiner Sommertour haben mich darin bestärkt, dass es in unserer Region eine enorme Vielfalt an Ideen und Engagement gibt. Es gibt so viele Menschen, die sich tagtäglich für das Wohl unserer Gemeinschaft einsetzen.

Ich danke allen, die mich bei meiner Sommertour begrüßt haben – sei es bei den Obst- und Gartenbauvereinen, den Stammtischen oder in den vielen lokalen Initiativen.



Fotos: Büro Hermann Färber.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de